



Liebe Langenhagerinnen und Langenhager,
der Langenhager Rat findet wegen des Klimas bei seinen Diskussionen immer weniger Interesse. Dabei gibt es einige wichtige Entscheidungen, ganz abgesehen von der drohenden Finanzlücke durch die notwendigen Investitionen auf dem Schulsektor. Hier schildern wir Ihnen einige Themen aus Sicht der örtlichen FDP.

Klima in Not in Langenhagen?

Nach der grundsätzlichen Resolution des Rates Ende Januar wurden im September eine große Anzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des Klimas in Langenhagen bzw. als Forderungen an die zuständigen Institutionen beschlossen. Unser Ratsmitglied Joachim Balk dazu:

„Heute steht in Fortführung der Resolutionsdiskussion einmal mehr das Thema Klima auf der TO. Einen Antrag der FDP finden sie nicht auf der TO. Gerne will ich Ihnen den Grund benennen. Natürlich haben auch wir uns auf Vorstandsebene mit dem Vorgang befasst. Manches können wir so nicht mittragen. Jedenfalls halten wir es nicht für sinnvoll, im Moment Anträge zu stellen, in deren Folge kosten- aufwendige Maßnahmen hätten umgesetzt werden müssen.

Im Einzelnen: Auch aus unserer Sicht ist notwendig, auf das Klima, – ich fasse, das Thema sogar etwas weiter – auf unsere Lebensgrundlagen zu achten.

Die daraus abzuleitenden Maßnahmen sollten jedoch gerade vor dem Hintergrund knapper Kassen in den nächsten Zehn Jahren verhältnismäßig und sinnvoll sein. Ich nehme einmal Herrn Eilers Antrag – Schaffung von Auenwäldern; Änderung von Nebenarmen der Wietze in Isernhagen und Langenhagen. Ich bin gespannt, wie hier die Ratsmehrheit abstimmen wird. Im Sinne des Klimas ist dieser Vorschlag sicher zielführend; nur kann ich mir nicht vorstellen, diesem Vorschlag jetzt näherzutreten. Die notwendigen Aufwendungen wären einfach überbordend und könnte wohl nur mit der Hilfe anderer geschultert werden. Gleichwohl bin ich gespannt wie diejenigen, die einen Klimanotstand in Langenhagen konstatieren mit diesem Vorschlag umgehen werden.

Auch andere Drucksachen werfen die Kostenfrage auf, z.B. 5.1 Nr 1, wonach bis 2030 alle öffentlichen Gebäude klimaneutral und regenerativ ausgelegt werden sollen. Ich hatte mir einfach gewünscht, wenn die Antragsteller auch hier dargelegt hätten, woher denn das Geld herkommen soll; zumal an anderer Stelle richtigerweise Deckungsvorschläge gefordert werden.

Nein hier bleibt alles offen. Meine Frage sind Fragen von Verhältnismäßigkeit und finanzieller Machbarkeit. Sollten diese Aspekte außen vor bleiben, nur weil in der Überschrift „Klima“ steht? Dies erschließt sich mir nicht. Um Missverständnisse zu

vermeiden. Es geht nicht darum, ob das Ziel per se richtig ist, sondern ob der Zeitraum vor dem Hintergrund der städtischen Kassenlage umsetzbar ist oder ob hier nicht vielmehr ein auf Unmöglichkeit gerichteter Beschluss auf den Weg gebracht werden soll. Die Jahreszahl 2050 als Zielgröße wäre vielleicht angezeigter gewesen. Übrigens frage ich die Antragsteller, hat man die Bezahlbarkeit von Baukosten berücksichtigt, wenn ich in in einem doch sehr kurzen Zeitraum eine fast 100% Umstellung (Klimaneutralität) anstrebe? Wie passt das mit dem Ziel „preiswerter Wohnraum“ zusammen? Nochmal, es geht nicht darum, das Ziel per se in Frage zu stellen, sondern darum, ob es richtig ist, per odre mufti ungeachtet der Marktrealitäten Vorgaben aufzustellen. Auch hier fällt übrigens wieder auf, es wird nicht der Weg über Anreize gewählt, sondern über Vorgaben.

Klar hätten die FDP eine Vorlage schreiben können, die auf Anreize abzielt. Nur dann hätte ich auch sagen müssen wie man das Ganze finanzieren soll. Ehrlich gesagt: Ich weiß es nicht. Aber der Weg über Vorgaben entbindet Sie nicht vom Finanzierungsproblem, sowohl für die Stadt als auch für die Bürger.

Gleiches gilt im Grunde auch für die Maßnahmen zum Thema Klima und Verkehr. Auch hier stellt sich die Frage „woher das Geld nehmen“. An dem Fahrradschnellweg nach Hannover ist doch m.E. ohnehin die Region „dran“ bzw er ist Regionssache. Bei vernünftiger Streckenführung sicher ein sinnvolles Projekt. Ich will es bei diesen wenigen Ausführungen belassen, man könnte weiter ins Detail gehen. Ich behalte mir vor, bei einigen Drucksachen Einzelabstimmung zu beantragen.“

BAUMSCHUTZSATZUNG BREMST DIE BEREITSCHAFT AUS, NEUE BÄUME ZU PFLANZEN.

Der Langenhagener Rat hat vor fast 20 Jahren auf Initiative der FDP die damalige Baumschutzsatzung mit gutem Grund abgeschafft.

Sieht man sich alte Fotos der großen Wohngebiete in Langenhagen vor den Baumaßnahmen an, etwa in Langenforth, im Hohen Feld oder im Weiherfeld, so sieht man nur fast baumloses Ackerland.



Bodeweg

Die neuen Bewohner haben stets freiwillig im großen Maße Bäume angepflanzt, teilweise soviel, dass nach Jahrzehnten korrigiert werden muss. Diese Korrekturen wollen die Grünen mit ihrem Antrag jetzt einschränken. Das kann nur die Bereitschaft Bäume zu pflanzen einschränken. Der FDP-Stadtverband lehnt daher eine solche Satzung ab. Zu Fällmaßnahmen der Stadt selbst gibt es sowieso keine weitere Kontrollinstanzen.

Wir haben Platz in Langenhagen für die Lesbos-Migranten?

Die Ratsfrau der Linken, Frau Weck, hat im September einen Dringlichkeitsantrag zum Beitritt in das Städtebündnis Sichere Häfen eingebracht. Unser FDP-Rats-

mitglied äußerte erhebliche Bedenken dagegen, insbesondere aus juristischer Sicht. „Frau Wecks Antrag befördert ein Thema auf unsere Tagesordnung, welches an Komplexität kaum zu übertreffen ist. Aber zunächst zur Überschrift: „Wir haben Platz“ ist schon etwas skurril, wenn ansonsten der enge Wohnungsmarkt beklagt und Mietpreisbremsen etc. gefordert werden. Dann müsst man schon formulieren: Wir rücken zusammen- in welcher Form auch immer.

Ich glaube kaum jemanden lassen die Bilder aus Moria unberührt, aus menschlichen, humanistischen Aspekten heraus ohnehin nicht. Hinzukommt die schwierige komplexe politische Dimension. Festzustellen und unbestreitbar ist, dass die Situation in den Lagern aus christlicher humanistischer Sicht in der Tat grausam ist und eine Tragödie darstellt. Dies ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite: Es leuchtet jedem ein, der ansatzweise realistisch an das Thema herangeht, dass kein Staat dieser Welt – eine Kommune erst recht nicht -- wird dieses Problem alleine lösen können, selbst wenn ich die Binnenflüchtlinge einmal abziehe und mich auf die 26 Mio. Flüchtlinge vor und in unseren Grenzen beschränke. Man mag es bedauern, aber jede Lösung dieses Problem oder nein besser welchen Anteil man überhaupt leisten kann muss zunächst einmal davon ausgehen, welche Leistungsfähigkeit die jeweilige Körperschaft überhaupt hat. Ich muss auch keine juristische Obergrenzendiskussion führen – jeder erinnert sich an 2015. Dies ist ein Stück weit Kulissenschieberei. Denn keine Obergrenze gibt es lediglich für das Asylrecht, d.h. für Personen die aus politischen, religiösen, rassistischen oder geschlechtsbezogenen Merkmalen verfolgt werden. Personen, die allerdings nicht dem soeben grob skizzierten Asylrecht unterfallen haben nun einmal kein freies Einreiserecht. Zu dem oben genannten Spannungsverhältnis Mitmenschlichkeit einerseits und Leistungsfähigkeit der Körperschaften andererseits kommt mithin die juristische Dimension hinzu – und dies nicht ohne Grund. Denn nur ein handlungsfähiger Rechts- und Verfassungsstaat, wozu auch die Grenzsicherung gehört, ermöglicht es, transparent und sachgerecht mit der Einreiseproblematik umzugehen. Menschlichkeit muss auf Basis des geltenden Rechts ausgeübt werden. Andernfalls würden wir uns selbst ad absurdum führen wollen. Beliebigkeit gerade in dieser heiklen Frage würde m.E. dazu, führen, dass die extremistischen Ränder gestärkt werden.

Was bedeutet dies nun für Frau Wecks Antrag? Zur Seebrücke: M.E. können sich Kommunen bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen, aber lediglich nach Maßgabe des Rechts, nicht aber daran vorbei. Der Schritt der Bundesregierung, anerkannte Flüchtlinge aufzunehmen und nicht auf andere zu warten, ist also noch vermittelbar.



Ansonsten bemängelt die FDP bei der Seebrücke, dass diese in keiner Weise nach obigen Kriterien unterscheidet. Asyl und andere Flüchtlinge werden einfach in einen Topf geworfen. Ja, man darf keine Menschen ertrinken lassen – ohne Frage. Mir persönlich wäre es allerdings lieber gewesen, wenn die EU die Operation Sophia nicht eingestellt hätte. Denn eine aktive Grenzsicherung bietet m.E. eine erhöhte

Wahrscheinlichkeit dafür, dass das Schleppermodell als Geschäftsmodell eher erschwert wird, als wenn die Seenotrettung quasi auf NGO's delegiert wird. Es fehlt in Europa einfach eine schlüssige Einwanderungspolitik wie sie in Canada, Australien und den USA vorhanden ist.

Und der Appell an Minister Seehofer. Na ja, zunächst kann vom Minister nur ein Handeln im Rahmen des Rechts verlangt werden und politisch bedeutet das nichts anderes, als das Deutschland sich mit der Flüchtlingsfrage allein herumschlägt und einige Nachbarn sich wegducken können, nach dem Motto lass die Deutschen mal machen. Insofern kann eine Lösung nach Meinung der FDP nur im Rahmen der EU erfolgen. Eine Lösung wird es wohl nur geben, wenn in den Ländern vor Ort investiert und dort vernünftige Lebensbedingungen geschaffen werden.

Fazit: Mit einer Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen aus Lesbos kann man mit mir reden. Darüberhinaus wird es schwierig. Insofern muss vor Ort etwas getan werden. Mit der Seebrücke tue ich mich schwer. Den Appell an Seehofer halte ich für menschlich sehr verständlich, aber ein Stück weit kontraproduktiv.“

Wolfgang Kuschel, der die Stellungnahme der SPD vortrug, wandte sich gegen die juristische Denkweise und forderte von der Stadt ein humanitäres Zeichen. Dabei hielt er auch die griechischen Faschisten als Brandstifter für möglich. Mehrheitlich stimmte der Rat für den Beitritt zum Städtebündnis.

Gehrt

Für 10 Jahre Mitgliedschaft im Rat der Stadt Langenhagen wurde FDP-Ratsmitglied Joachim Balk, unser Stadtverbandsvorsitzender, in der Ratssitzung im September mit der Silbernen Ehrennadel der Stadt geehrt. BM Heuer würdigte seine ehrenamtliche Arbeit, mit der er sich stets massiv für die Belange in Langenhagen eingesetzt habe, und wies insbesondere auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die ein Einzelratsmitglied bei seiner Arbeit hat.



Aktuelle Finanzsituation der Stadt

Im letzten vierteljährigen Bericht zur Finanzlage der Stadt geht die Finanzverwaltung von coronabedingten Mindereinnahmen von 10 Mio € bei der Gewerbesteuer aus, hofft aber auf einen Teilausgleich aus den Rettungspaketen von Land und Bund. Dazu kommen allerdings noch Defizite bei andern Steuerarten und Mehrausgaben wegen Corona.

Wichtige Information: Die nächste **Wahl** zum Rat der Stadt Langenhagen und der Region Hannover sowie der Hauptverwaltungsbeamten, Bürgermeister und Regionspräsident, findet am **12. September 2021** statt.